

https://farid.ps/articles/israel_apartheid_not_democracy/de.html

Israel als Apartheidstaat, keine Demokratie

Die Charakterisierung Israels als Demokratie war lange Zeit ein Eckpfeiler seines internationalen Images, verwurzelt in seinem parlamentarischen System, Wahlen und rechtlichem Rahmen. Eine genauere Untersuchung seiner Politik, insbesondere gegenüber Palästinensern, offenbart jedoch eine systematische Struktur von Diskriminierung und Segregation, die eher mit Apartheid als mit demokratischen Prinzipien übereinstimmt. Dieser Essay argumentiert, dass Israel als Apartheidstaat funktioniert und keine echte Demokratie ist, basierend auf Beweisen für systematische Diskriminierung, Unterdrückung von Dissens und eklatante Unterschiede in den Rechten zwischen jüdischen Israelis und Palästinensern, wie von Menschenrechtsorganisationen, rechtlichen Rahmenbedingungen und jüngsten politischen Entwicklungen hervorgehoben.

Systematische Diskriminierung und Apartheid

Apartheid, wie in der Apartheid-Konvention von 1973 definiert, ist ein System institutionalisierter rassistischer Segregation und Diskriminierung, das darauf abzielt, die Vorherrschaft einer Rassengruppe über eine andere aufrechtzuerhalten. Der Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2024, *Israels Apartheid gegen Palästinenser*, liefert einen detaillierten Beleg für diese Bezeichnung und argumentiert, dass Israels Behandlung von Palästinensern – durch Diskriminierung, Enteignung und Unterdrückung – ein System darstellt, das darauf ausgelegt ist, jüdische Israelis auf Kosten der Palästinenser zu privilegieren. Der Bericht hebt Politiken wie Landenteignung, Hauszerstörungen und eingeschränkten Zugang zu Ressourcen wie Wasser und Strom hervor, die Palästinenser in Israel, im Westjordanland und in Gaza unverhältnismäßig stark betreffen. Im Westjordanland beispielsweise genießen jüdische Siedler volle Bürgerrechte, während Palästinenser unter Militärrecht leben und grundlegende Freiheiten wie Bewegungsfreiheit und politische Teilhabe verweigert bekommen. Dieses doppelte Rechtssystem – Zivilrecht für Juden und Militärrecht für Palästinenser – spiegelt die rassistische Segregation der Apartheid in Südafrika wider, wo Rechte auf der Grundlage von Rasse zugeteilt wurden.

Darüber hinaus erklärt das Nationalstaatsgesetz von 2018 Israel zum „Nationalstaat des jüdischen Volkes“ und stellt die jüdische Identität explizit über gleiche Rechte für alle Bürger. Dieses Gesetz stuft Arabisch als offizielle Sprache herab und fördert die jüdische Besiedlung als nationalen Wert, wodurch effektiv die 20 % der israelischen Bevölkerung, die Araber sind, marginalisiert werden. Solche Politiken untergraben das demokratische Prinzip der gleichen Bürgerschaft, da sie die jüdische Vorherrschaft im Gesetz verankern, ein Kennzeichen von Apartheidsystemen, in denen die Rechte einer Gruppe aufgrund von Ethnizität oder Rasse die einer anderen übertreffen.

Unterdrückung von Dissens und politischer Repräsentation

Eine funktionierende Demokratie garantiert Meinungsfreiheit und gleiche politische Teilhabe, doch Israels Umgang mit palästinensischen Bürgern und ihren Vertretern zeigt ei-

nen krassen Widerspruch. Der Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2022, *Ge-wählt, aber eingeschränkt: Schrumpfender Raum für palästinensische Parlamentarier in Israels Knesset*, dokumentiert, wie palästinensische Knesset-Mitglieder (MKs) diskriminierenden Regelungen ausgesetzt sind, die ihre Fähigkeit einschränken, ihre Wähler zu vertreten. Beispielsweise wurden Gesetzesvorschläge von palästinensischen MKs, die die Rechte ihrer Gemeinschaft betreffen, vor der Diskussion disqualifiziert, und das Ausschlussgesetz von 2016 erlaubt es der Knesset, MKs wegen „Anstachelung zum Rassismus“ oder „Unterstützung bewaffneten Kampfes“ zu entfernen, eine Bestimmung, die oft genutzt wird, um arabische MKs ins Visier zu nehmen. Der Fall von MK Ofer Cassif, der 2024 wegen seiner Unterstützung des Völkermord-Falls Südafrikas gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof mit einem Ausschlussversuch konfrontiert wurde, verdeutlicht diese Unterdrückung. Obwohl der Ausschlussversuch scheiterte, wurde Cassif für sechs Monate suspendiert, eine Maßnahme, die Kritiker als politisch motiviert bezeichnen, um Dissens zu unterdrücken.

Suspendierungen von arabischen MKs sind ein wiederkehrendes Muster, das arabische Parteien wie Hadash-Ta'al und Ra'am unverhältnismäßig stark betrifft. 2023 wurden Aida Touma-Sliman und Iman Khatib-Yassin aufgrund ihrer Kritik an israelischen Militäraktionen in Gaza für zwei Monate bzw. einen Monat suspendiert. Historische Fälle, wie die mehrfachen Suspendierungen von Haneen Zoabi (z. B. sechs Monate im Jahr 2014 wegen Äußerungen zur Unterstützung des palästinensischen Widerstands), illustrieren diesen Trend weiter. Diese Maßnahmen stehen in starkem Kontrast zur mangelnden Rechenschaftspflicht für jüdische MKs, die sich an Aufstachelung beteiligen, wie etwa während des Jerusalemer Flaggenmarsches 2023, bei dem Teilnehmer „Tod den Arabern“ skandierten, ohne ähnliche Konsequenzen zu erleiden. Dieser doppelte Standard – die Bestrafung arabischer MKs für ihre Äußerungen, während die Aufstachelung durch jüdische Nationalisten toleriert wird – untergräbt das demokratische Prinzip der gleichen Behandlung vor dem Gesetz und deutet auf ein System hin, das darauf ausgelegt ist, Minderheitenstimmen zu unterdrücken, ein Kennzeichen von Apartheid statt Demokratie.

Ungleichheiten in Rechten und Lebensbedingungen

Die gelebten Erfahrungen der Palästinenser unter israelischer Kontrolle untergraben den Anspruch auf Demokratie weiter. In Gaza, wie ein UNRWA-Post am 25. Mai 2025 hervorhebt, haben die Blockade und wiederholte Militäroperationen eine humanitäre Krise verursacht, wobei die UN täglich 500–600 Hilfslastwagen fordert, um weitere Katastrophen zu verhindern. Der Bericht der UN-Kommission über Gesundheitseinrichtungen in Gaza dokumentiert Angriffe auf medizinische Infrastruktur, insbesondere auf pädiatrische und neonatale Versorgung, als Verletzungen des Rechts auf Leben und Gesundheit, die möglicherweise Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Diese Bedingungen, gepaart mit der gezielten Zerstörung reproduktiver Gesundheitsversorgung, betreffen Palästinenser unverhältnismäßig stark und schaffen einen starken Kontrast zu den Rechten und Dienstleistungen, die jüdischen Israelis zur Verfügung stehen.

Innerhalb Israels sehen sich palästinensische Bürger systematischer Diskriminierung in den Bereichen Wohnen, Bildung und Beschäftigung ausgesetzt. Die Praxis des Hausabbruchs, wie von Amnesty festgestellt, ist ein zentraler Mechanismus der Vertreibung, wo-

bei palästinensischen Familien Baugenehmigungen verweigert werden, während jüdische Siedlungen expandieren. In Ost-Jerusalem werden Palästinensern oft Wohnrechte verweigert, während jüdische Siedler bevorzugt behandelt werden. Diese Ungleichheiten sind nicht zufällig, sondern in einen rechtlichen und politischen Rahmen eingebettet, der die jüdische Vorherrschaft priorisiert, was das Ziel der Apartheid widerspiegelt, rassistische Kontrolle durch Segregation und Ungleichheit aufrechtzuerhalten.

Gegenargumente und Widerlegung

Befürworter des demokratischen Status Israels verweisen oft auf seine Wahlen, die unabhängige Justiz und die Präsenz arabischer MKs in der Knesset als Beweise für Demokratie. Diese Elemente werden jedoch durch die oben beschriebenen systemischen Ungleichheiten und Unterdrückungen untergraben. Wahlen, obwohl regelmäßig abgehalten, führen nicht zu gleicher politischer Macht, wenn arabische MKs mit Einschränkungen konfrontiert sind und ihre Gemeinschaften marginalisiert werden. Die Justiz, trotz gelegentlicher Urteile zugunsten palästinensischer Rechte, hat Gesetze wie das Nationalstaatsgesetz und das Ausschlussgesetz aufrechterhalten, die die jüdische Vorherrschaft verankern. Darüber hinaus entspricht die Präsenz arabischer MKs nicht einer bedeutungsvollen Repräsentation, wenn sie routinemäßig wegen ihrer politischen Ansichten angegriffen werden, wie die Suspendierungen und Ausschlussversuche zeigen.

Ein weiteres Argument ist, dass Israels Handlungen eine Reaktion auf Sicherheitsbedrohungen wie palästinensischer Terrorismus sind. Während Sicherheitsbedenken real sind, rechtfertigen sie nicht die weitverbreitete Diskriminierung und kollektive Bestrafung, die den Palästinensern auferlegt wird. Die Blockade von Gaza, die militärische Besetzung des Westjordanlands und die Unterdrückung von Dissens innerhalb Israels gehen über gezielte Sicherheitsmaßnahmen hinaus und schaffen ein Kontrollsysteem, das eine Gruppe aufgrund ihrer Ethnizität über eine andere bevorzugt – ein charakteristisches Merkmal von Apartheid, keine demokratische Reaktion auf Bedrohungen.

Schlussfolgerung

Israels Politik und Praktiken – systematische Diskriminierung, Unterdrückung von Dissens und eklatante Ungleichheiten in den Rechten – stehen mehr im Einklang mit Apartheid als mit Demokratie. Der rechtliche Rahmen, wie im Nationalstaatsgesetz und im Ausschlussgesetz zu sehen, priorisiert die jüdische Identität über gleiche Bürgerschaft, während die Behandlung palästinensischer MKs und Bürger ein Muster von Ausgrenzung und Unterdrückung offenbart. Die gelebte Realität der Palästinenser, sei es in Gaza, im Westjordanland oder innerhalb Israels, ist geprägt von Segregation und Entbehrung, in scharfem Kontrast zu den Rechten, die jüdischen Israelis gewährt werden. Diese Elemente, dokumentiert von Menschenrechtsorganisationen und unterstützt durch jüngste Ereignisse, stellen die Erzählung von Israel als Demokratie in Frage und zeichnen stattdessen das Bild eines Apartheidstaates, in dem systematische Ungleichheit und Vorherrschaft die politische und soziale Ordnung definieren. Eine echte Demokratie erfordert Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit für alle, Prinzipien, die das derzeitige System Israels für Palästinenser nicht einhält.